

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Herausg.
H. Dertler, Postingen-Zürich
Rathhofstr. 11.

Der Sozialdemokrat

Abonnements
werden nur beim Verlag und
desse bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingenz)
Mt. 3.— für Teutschland (Kontingenz)
R. 1. 70 für Oesterreich (Kontingenz)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder.
Wierteljahrespreis (Kontingenz).

Postsendungen
franco gegen franco.
Gendarmliche Briefe
nach der Schweiz führen
Zappelpost.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Inserate
Die bezugsfreie Zeit beträgt
25 Bl. — 20 Wk.

N. 5.

Donnerstag, 26. Januar.

1882.

Preis zu die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Teutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezogen, verlegt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. solche von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die letztere Vorkehrung notwendig und darf seine Berücksichtigung veräußert werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu machen, und letztere dadurch zu sichern. Hauptbedingung ist hierzu einvernehmlich, daß unsere Freunde in Teutschland

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, (sonstern sich möglichst an irgend eine unbeschränkte Adresse außerhalb Teutschlands und Oesterreichs wenden), welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unbeschränkte Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In vorerwähnten Fällen empfiehlt sich beidseitig größeres Wohlwollen. Sowie es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Nachtrag zu den Fonds-Quittungen.

Für die Wahl in Mainz gingen noch ein:
Mannheim 12.—, Frankfurt a. M. 50.—, Köln 105.—, Rülheim
a. Rh. 8.50 und 6.—, Heidelberg 17.50, Kirchheimbolanden 5.—.
Auf mehrfache Anfragen nach dem Verlage der in Folge der Reise
von Triest und Bieder nach Amerika dort gesammelten
Gelder für die Wahlen sei bemerkt, daß derselbe rund Mt. 17,000 be-
trug, wovon nach Abzug der Reisekosten, Spesen u. Mt. 12,000 dem
Wahlfonds verbleiben.

Der „Sozialdemokrat“ auf der Anklagebank.

II.

Wir haben in unserem ersten Artikel gezeigt, warum von der
Objektivität, wie sie Genosse Breuel selbst unsern brutalsten
Siegern angeheißt lassen will, heute nicht die Rede sein kann.
Wir haben heute nur die Wahl, uns unsern Feinden bedingungs-
los zu unterwerfen oder sie rückhaltlos zu bekämpfen. Und im
Kampf kann von einer solchen Objektivität nicht die Rede sein,
da gelten andere Regeln. Im Kampf ist ein Hauptfaktor die
Leidenschaft, und die geht dem nur objektiv Denkenden natur-
gemäß ab.

„An der Lauterkeit unserer Prinzipien und der
Charakterreinheit ihrer Träger wird der Wider-
stand der Feinde zerbrechen“, meint Genosse Breuel.
Wem fällt da nicht der bekannte Stammbuchvers ein:

„Wenn es draußen regnet und stürmt,
So hülle Dich in den Mantel der Tugend!“

Das klingt sehr edel und schön, und in Romanen pflegt denn
auch gewöhnlich die eingehüllte Tugend schließlich zu siegen, —
im Leben dagegen geht in 99 von 100 Fällen die Tugend zu
Grunde, wenn sie sich einwickelt, anstatt sich gehörig ihrer Haut
zu wehren. Und nun gar im politisch-sozialen Kampfe, wo
Alles auf die Energie, welche die Parteien entfalten, ankommt!
Genau, die Lauterkeit der Prinzipien und die Uneigennützigkeit
ihrer Träger sind die Basis unseres Kampfes: wir kämpfen nicht
für unseren persönlichen Vorteil, sondern indem wir für die
Emanzipation des Proletariats vom kapitalistischen Druck kämpfen,
kämpfen wir für das Wohlergehen Aller. Aber trotz dieser
Basis wären wir noch heute eine kleine, ungeschickliche, verspottete
Sekte, wie es deren stets gab, wenn wir nicht mit bisher bei-
spielloser Energie und Leidenschaft zum Kampf geschritten wären,
nicht nur die schlechten Einrichtungen, sondern auch ihre Träger
auf's schärfste angegriffen hätten. Und gerade das macht uns
ihnen so gefährlich. Nicht Hödel's Revolver, nicht Nobiling's
Flintenbeschuß machten das Sozialistengesetz notwendig, sondern
die 50 sozialistischen Zeitungen, die stets auf der Wacht waren,
jeden Volksbeitrag aufzudecken, jeden politischen Humbug zu ent-
larven. Nicht die sogenannten Ausschreitungen galt es, zu be-
sitzen, gegen die hatte man Strafgesetzbuchparagrafen und
sahnte nach Bedarf neue fabrizieren, sondern die kühne entschlossene
Kritik mundtot zu machen, die Aufreißung der Arbeiter, d. h.
die Einscheidung von Muth und Selbstvertrauen zu verhindern.
Die Lauterkeit und Richtigkeit unserer Prinzipien
wurde uns logar unumwunden zugegeben, man lese nur Den-
nigsen's Rede vom 10. Oktober 1878, weil dieselben an sich
sehr unschädlich sind. Sagt irgend einem Ausbeuter, daß er,
wissenschaftlich betrachtet, seine Arbeiter eigentlich bestiehlt und
beirät, und er wird das sehr amüßant finden, weist aber seinen
Arbeitern praktisch und verständlich dasselbe nach, was ihr dem
Herrn wissenschaftlich beweisen, und fordert sie auf, dem Dieb-
hahl ein Ende zu machen, so ist's mit der Freundschaft schnell
vorbei.

Genau so ist's mit den Verfolgungen unserer Partei. Man
will uns verhindern, das offen und leicht verständlich auf dem
Markte des Lebens zu verstanden, was die Wissenschaft im
Staubzimmer festgestellt. Die Wissenschaft für die Gelehrten,
für das Volk Verurtheilung und Glaube, das ist heute die Parole.
Und wenn wir nicht mit aller Energie auf der ganzen Linie
dagegen ankämpfen, so kommen wir trotz der Lauterkeit unserer
Prinzipien gegen unsere Feinde nicht auf.

„Ich erinnere nur an einen Zeitartikel, in wel-
chem die Organisation von allen, selbst den Schnaps-
trinkenden Vagabunden zur Gründung einer
großen Revolutionsarmee gefordert wurde“, sagt
Genosse Breuel.

Welch' ein Vorwurf!

Als im Winter 1880/81 die deutsche Ordnungspresse über
das Anwachsen des Vagantenthums jammerte, als in der würt-
tembergischen Kammer der bormitte Dast der Satten gegen die
Hungrigen sich in Vorschlägen brutalster Art Luft machte, da
ließ der „Sozialdemokrat“ einen jener „verkommenen Landstreicher“
einen offenen Brief an die „gute Gesellschaft“ richten, in welchem
er ihr ein Register ihrer Sünden vorhielt, ihr sagte, warum er
das Geld, was er erbeutet, in Schnaps vertrinke, und ihr zu-
riet: Seid dessen froh, denn solange ich mich noch in Schnaps
berausche, „so lange mag ich Euch vielleicht unbedenken, eine

Last sein, aber ich bin keine Gefahr für Euch“. Wehe Euch
aber, wenn wir zum Bewußtsein kommen, wir die Arme der
Verzweifelten, die Ihr selbst bereits auf 200,000 Mann
schätzt!

Das war die Tendenz des Artikels. Und in einer Zeit, wo
jeder Arbeiter von der Gefahr bedroht ist, durch eine Stockung
in seiner Branche, durch eine Krisis und tausend andere „Zufälle“
hinausgestoßen zu werden auf die Landstraße, zum „Vagabunden“
herabzusinken, da soll in einem sozialistischen Blatte nicht dem
Gedanken Raum gegeben werden, daß je größer diese Arme
der Verzweifelten wird, desto näher der Tag ihrer Erlösung sein
muß, da sollten auch wir mit spießbürgerlichem Abscheu hin-
blicken auf jene zerlumpte und zerfetzten Gestalten, welche von
Ort zu Ort gehen, von jedem Mittel gewißhandelt, als Varias
unter den Varias vollen Anspruch auf unsere Sympathie haben?
Sehen Sie, Genosse Breuel, in dem Landstreicher, selbst in dem
verkommensten, haben wir in 99 von 100 Fällen ein Produkt
von Zeit und Umständen, ein Produkt unserer heutigen herrlichen
Gesellschaftsordnung, hier haben wir als Sozialisten die Pflicht,
objektiv zu urtheilen — warum sollen wir nicht der Idee Aus-
druck geben — von einer „Aufforderung“ war gar keine Rede —
daß diese Arme der Verzweifelten sich eines Tages zu
einem Revolutionsheer umgestalten könne? An Symptomen nach
dieser Richtung hat es doch gewiß nicht gemangelt.

Ich erinnere „ferner an die zahllosen Rebellions-
lieder“, fährt Genosse Breuel fort.

Wir haben darauf nur zu erwidern, daß unsere Rebellions-
lieder — leider! — bis jetzt noch sehr zu zählen sind. Gerade
in Zeiten politischen Druckes ist ein schwungvolles feuriges Ge-
dicht oft von größerer Wirkung als der schönste Leitartikel. Es
prägt sich dem Gedächtniß schärfer ein, es gibt dem Gedanken
plastischen Ausdruck, es trägt sich, wenn es die richtigen Eigen-
schaften besitzt, von Ort zu Ort, es erhebt, es begeistert, es
reißt hin! Und in einer Zeit, wo man uns mit Füßen tritt,
sollen wir uns nicht einmal durch die Poeste über die Misere
des Augenblicks hinwegsehen lassen? Sollen, ins Exil gejagt,
jammern und wehklagen, und nicht mit Freiligrath unsern Be-
drängern singen, das

„... Lieb von der Zukunft goldnem Tag,
Der Zukunft, die nicht fern mehr ist?“

„O, nein! Auch das nicht einmal, denn Genosse Breuel er-
innert uns auch vorwurfsvoll an „die unzähligen Hin-
weise auf die demnächst eintretende große Revo-
lution“.

Diese Hinweise, obwohl auch sie durchaus nicht unzählbar
sind, sind uns auch von anderer Seite zum Vorwurf gemacht
worden, trotzdem haben wir sie nicht nur nicht eingesehen, sondern
geradezu eher noch schärfer hervorgehoben. Wir haben das ge-
than, weil wir thorsächlich der Ueberzeugung sind, daß die Ver-
hältnisse in Teutschland auf eine revolutionäre Katastrophe mit
elementarer Gewalt hinstreben, eine Ueberzeugung, für welche wir
es an Begründung nicht haben fehlen lassen und es auch fernerhin
nicht fehlen lassen werden, und zweitens, weil wir gerade
dadurch dem Kleinmuth, dem Pessimismus unter den deutschen
Arbeitern entgegenarbeiten wollen, ihnen zeigen wollen, wie mächtig
es doch um die Herrschaft unserer Gegner bestellt ist.

Aber „jeder einsichtige Genosse sagt sich mit Recht,
daß eine baldigst eintretende Revolution unserer
Partei nur das Schicksal der Pariser Kommune
bereiten würde“.

Jeder „einsichtige Genosse“, der sich das sagt, beweist dadurch
nur, daß er entweder die Geschichte der Pariser Kommune oder
unser Partei nicht kennt. Außerdem, wer sagt denn, daß
„unser Partei“ die Revolution machen wird oder soll? Und
werden Revolutionen überhaupt von Parteien gemacht?

Es ist uns gar nicht eingefallen, den deutschen Genossen zu-
zumuthen, der wohldisziplinirten halben Million Soldaten sich
aus purem Uebermuth bloßzustellen; wir erwarten zunächst ganz
Anderes von ihnen. Daß sich aber eine Revolution auch ohne
Barrikadenkämpfe im alten Stile abspielen kann, das zeigen uns
heute Irland und Rußland. Es würde zu weit führen, hier
auf diese Frage einzugehen, wir müssen uns das für einen be-
sonderen Artikel vorbehalten. Den Vergleich mit der Kommune
aber müssen wir als ganz unzutreffend schon hier zurückweisen.

Nun kommt aber der schlimmste Vorwurf. Alle die bisher
aufgeführten Sünden beweisen, daß „der Sozialdemokrat“,
so sehr derselbe auch über Wost'schen und an der-
weitigen Anarchismus herzieht, immer mehr selbst
Lehrtum zuneigt.“

Das ist hart.

Wir über Nacht plötzlich zu Anarchisten geworden. Wehe
über uns! Dreimal wehe! Indes suchen wir uns zu fassen.

Was verstehen Sie eigentlich unter Anarchismus, Genosse
Breuel? Doch nicht jene Theorie von der Auflösung der Gesell-
schaft in einzelne „frei produzierende“ Gruppen, die sich je nach
Belieben heute zusammenfinden, um morgen wieder auseinander-
zulassen? Und doch ist das der Anarchismus den wir bekämpfen,

es ist jene von ihren Anhängern selbst als solche bezeichnete
anarchistische Lehre von der „absoluten“ Freiheit des In-
dividuum, die wieder ihren „konsequentesten“ Ausdruck findet in
der Devise der Anarchisten von Marseille: „Weder Rechte noch
Pflichten“ und dem nach der Pariser „Rev. sociale“ einzigem
Moralgesetz: „Nach, was Du willst!“ Dieses Anarchismus
also können Sie uns nicht anklagen. Was Sie an uns als
Anarchismus tadeln, ist vielmehr der aufrührerische Geist der
Empörung, dem sich der „Sozialdemokrat“, „immer mehr zuneigt“.
Sie nehmen das Wort Anarchie nahezu in demselben Sinne,
wie unsere Spießbürger und Polizeiseelen, die da meinen,
ohne sie könne eine Gesellschaft nicht existieren, die jede Aufreißung
gegen ihr verrottenes System der „heiligen Ordnung“ als
Ausflug „anarchistischer“ Theorien verwerfen. Vor Worten haben
wir uns aber noch nie gefürchtet, und so läßt uns daher auch
Ihre Drohung mit dem Anarchismus vollkommen kühl.

Damit wären wir mit Ihren Vorwürfen und Einwänden fertig,
Genosse Breuel; jetzt haben wir es noch mit Ihrem Schluf-
ergebnis zu thun, welches da lautet:

„Der „Sozialdemokrat“ ist nicht das Organ der
deutschen Sozialdemokratie.“

Dieser Anspruch rührt uns ebensowenig als seine Begrün-
dung.

Wir verzichten bei seiner Zurückweisung sogar auf die uns
zustehende Berufung auf den Wbdener Kongreßbeschuß. Sie
könnten ja mit einem Schein von Recht behaupten, die von
Ihnen gerügten Fehler seien erst nach dem Wbdener Kongreß
zu Tage getreten. Mit einem Schein sagen wir ausdrücklich,
denn in Wahrheit ist unsere Sprache nur entsprechend den
größeren Verfolgungen eine schärfere geworden, in der sachlichen
Auffassung unserer Prinzipien ist aber eine Aenderung nicht
eingetreten. Es wird noch heute in der Debatte des „Sozial-
demokrat“ derselbe haben gewonnen als vor Wbdener, nur die
Nummer ist vielleicht etwas größer.

Aber der Wbdener Beschluß an sich deckt uns nicht, wenn er
nicht im Geiste der Partei gefaßt war und von ihr ratifizirt
worden ist. Ist dies der Fall oder nicht? Die einzige Aus-
kunft darüber kann die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ geben.
Nun hat sich dieselbe gerade seit dem Wbdener Kongreß in so
bedeutendem Maße gehoben, sowohl an den einzelnen Orten als
auch über das ganze Land, der Verkehr zwischen den Genossen
im Reich und dem „Sozialdemokrat“ ist, wie unsere Korrespon-
denzen zeigen, ein so reger, daß wir die Frage mit Zug und
Recht bejahen können.

Und nicht nur formell, sondern auch sachlich ist der „Sozial-
demokrat“ das Organ unserer Partei. Wohl sind hier und da
abweichende Ansichten über unsere Haltung geltend gemacht
worden, aber der überwiegenden Mehrzahl nach nicht nach der
Richtung des Genossen Breuel hin, und selbst in letzterem Falle
nur in Bezug auf die Taktik, nicht auf das Wesen. Dem
Wesen nach steht der „Sozialdemokrat“ unbesritten auf dem-
selben Standpunkte, wie unsere Organe vor dem Sozialisten-
gesetze, und wenn Breuel Gelegenheit hat, die Jahrgänge des
„Volksstaat“, des „Vorwärts“ und des „Neuen Sozialdemokrat“
durchzublätern, so wird er finden, daß wir heute auch der
Form nach nicht schärfer schreiben als es früher in Teutschland
geschah, obwohl wir bei allen Grund dazu haben.

Aber noch einmal sei es betont, der Umstand, daß unsere
Abonnementzahl in Teutschland sich nach Tausenden, unsere
Leserzahl sich nach Zehntausenden bemittelt, diese Thatsache spricht
am schärfsten gegen Sie, Genosse Breuel. Es ist eine Ueber-
hebung von Ihnen, ohne Weiteres den deutschen Genossen Ihre
— gelinde gesagt — engherzige Auffassung der Dinge unter-
zuschreiben, die Majorität der zielbewußten Genossen für dieselbe
zu reklamieren. Sie haben das Recht nicht, denen, welche an
dem revolutionären Charakter unserer Partei festhalten, auf solche
Weise nachzusagen, daß sie nicht zielbewußt seien, und sie
somit als unklare Schwärmer hinzustellen. Wenn das Sozial-
istengesetz und seine Handhabung auf Sie mächtig und be-
sänftigend eingewirkt hat, so hat es dagegen auf Andere die ent-
gegengesetzte Wirkung hervorgebracht.

Wir verlangen von Niemandem, daß er für jedes Wort,
welches im „Sozialdemokrat“ steht, die Verantwortung übernehme,
aber für die Gesamttendenz desselben muß die Partei und somit
auch jedes Mitglied derselben aufkommen, denn sie entspricht
durchaus unserem Parteiprogramm. Mögen diejenigen, welche
daran zweifeln, dasselbe nur recht genau durchlesen und sich
dann die Frage vorlegen, ob sie überhaupt noch auf dem Boden
dieses Programmes stehen, in welchem es heißt:

„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse
sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre
Klasse sind.“

Von diesen Grundbäsen ausgehend, erstreckt die sozialistische
Arbeiterpartei Teutschlands mit allen Mitteln den freien
Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des

ehernen Lohngefeß durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller politischen und sozialen Ungleichheit.

Auf unser Parteiprogramm gestützt, weisen wir die Anklage des Bürger Breuel auf das Entschiedenste zurück.

Wie geschwindelt wird.

1.

In Nr. 50 des „Sozialdemokrat“ wird der letztjährige Geschäftsbericht des „Dortmunder Vereins für Bergbau und Kupferhüttenfabrikation“ einer Besprechung unterzogen, in welcher das Geschwätz von der Besserung der Lage der Arbeiter in seiner ganzen Nichtigkeit und Schwindelhaftigkeit dargestellt wird. Es sind inzwischen noch einige weitere Berichte von Montanunternehmungen erschienen, welche ebenfalls mit mehr oder minder Geschick die augenscheinlich bestellte Arbeit verrichten, die Fürsorge für den „armen Mann“ zu feiern, und deren Belohnung daher ebenfalls angebracht sein wird. Ich will für heute die Berichte der beiden Bismarck- und Laurahütte an der Börse kurzweg „Lauras“ genannt, und denjenigen der „Dortmunder Union“ einer Besprechung unterziehen.

Zu dem Geschäftsbericht der Laurahütte findet sich folgende Stelle: „Das Geschäftsjahr 1880/81 weicht in Betreff der Höhe der Produktion nicht wesentlich von den Leistungen des Vorjahres ab, ist aber in seinen finanziellen Resultaten gegen dasselbe zurückgeblieben. Der Grund dafür liegt in dem Preisrückgang der Eisenerzfabrikate und der sehr erheblichen Verminderung des Wertes der am Schlusse des Geschäftsjahres im Bestande verbliebenen Produkte. Im vorjährigen Berichte haben wir ausgeführt, daß die Preise dieser Artikel, welche im Herbst 1879 einen sehr erheblichen Aufschwung nahmen, schon in den ersten Monaten 1880 in eine reaktionäre Bewegung geriethen. Es übertrug sich dieselbe in verschärfter Weise auf das ganze Geschäftsjahr, so daß die Preise schon in der Mitte desselben auf dem niedrigsten Stand angekommen waren und bis zum Schluß darauf beharrten. Es gilt dies vorzugsweise für Handelsblech, Bleche und Zink, während die Preise für Zinkblech und Eisenbahnbedarfsmittel in Stahl auf leidlicher Höhe erhalten werden konnten, weil das Ausland das ganze Jahr hindurch als Käufer auf dem deutschen Markt verblieb und demselben recht ansehnliche Quantitäten entnahm. Leider können sich unsere Werke an diesem Export, soweit er zur See erfolgt, nur in sehr mäßigen Grenzen und bei sehr stark auftretendem Bedürfnis und deswegen besseren Preisen beteiligen, weil die Eisenbahnfrachten von unseren Werken nach den Seepfählen unsere Produkte zu hoch belasten. Die Fahrbaumachung des Oberstromes und im Zusammenhange damit die Einstellung einer regelmäßigen Dampfschiffahrt auf demselben würde für die schlesische Industrie von den segensreichsten Folgen sein und neben der Eisenindustrie besonders dem Steinkohlengeschäft zu Gute kommen. Der Steinkohlenbergbau Schlesiens kann sich nicht zu der Höhe entwickeln, welche er bei den dort abgelagerten, so überaus reichen und verhältnismäßig wohlfeil zu habenden Schichten erreichen müßte, so lange für billigen Transport nicht besser gesorgt ist als bisher. Wir meinen, die Eisenbahnen hätten die Verpflichtung, bis zur Herstellung einer profitablen Wasserstraße der Kohlenindustrie mehr entgegenzukommen; sie würden durch die Förderung des Kohlenabzuges ihren eigenen Interessen dienen und denen von Millionen Mitbürgern, welche den Kohlenrevieren fern, für Brennmaterial noch viel zu hohe Preise zahlen müssen. Zu diesen Preisen aber ist der Frachttarif bei größeren Entfernungen doppelt so hoch, als der Kaufpreis der Kohlen, und es ist ersichtlich, daß die Kohlenindustriellen in ihren Bestrebungen auf Herabminderung der Transportkosten gar nicht unterliegen!“

„Darauf man hoffen, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen Abhilfe bringen wird?“

„In der That kann für die Staatsbahnen eine natürlichere und dankenswertere Aufgabe gefunden werden, als der wohlfeile Transport der wohlfeilsten und in großen Massen in den Konsum gelangenden Bedürfnisse der Staatsangehörigen? Dem armen Mann, dem Arbeiter, dem kleinen Handwerker würde durch billiges Brennmaterial nicht minder ausgeholfen als den größeren Industriellen, deren Produkte durch hohe Ausgaben für Brennmaterial schwer belastet und dadurch weniger konkurrenz- und exportfähig werden.“

„Die Bergwerksbesitzer sind nicht daran Schuld, wenn die den Kohlenrevieren fern Wohnenden theure Kohlen haben; an den Gruben sind die Kohlen sehr wohlfeil! (?) Die Preise bedürfen häufig nur die Gewinnungskosten und der Nutzen beim Bergbau steht nicht im richtigen Verhältnis zu dem darin angelegten Kapital, der gefahrvollen, (!) harten (!) Arbeit und der hohen Inanspruchnahme durch Steuern und Abgaben aller Art.“

„Die Steinkohlen guter Qualität kosteten ab Grube: pro 50 Kg. 29 bis 30 Pfg. für Stiel- und Würfelkohle und pro 50 Kg. 23—24 Pfg. für Aufkohle.“

„Die Preise unserer Hüttenprodukte bewegten sich für Walzisen von Mk. 10—11 Grundpreis pro 100 Kg., für Eisenbleche von Mk. 15—18 Grundpreis pro 100 Kg. und für Stahlbleche von Mk. 12,50—17,50 Grundpreis pro 100 Kg. Die niedrigen Walzisen- und Blechpreise sind keineswegs ein Beweis dafür, daß der Konsum ein wesentlich niedrigerer gewesen — der Rückgang desselben war nicht erheblich, und nur die Besorgnis um Arbeitsmangel, welche sich bei den Produzenten einstellte, wenn die Käufer anfangen, etwas zurückhaltend zu werden, war die Ursache ihres immer billiger werdenden Angebots und des Sinkens des Preises bis zu den Erzeugungskosten und darunter. Ein möglichst reger Aneinandererschlag der Fabrikannten beim Betrieb der Produkte kann gar nicht warm genug empfohlen werden — er ist ein sicheres Mittel, der Verschleuderung der Waaren vorzubeugen, und wird in allen höher entwickelten Industriebezirken angestrebt und vielfach zum Segen und Frommen Aller durchgeführt.“ Soweit die Klauen.

Also am „dem armen Mann“, dem Arbeiter und dem kleinen Handwerker durch billiges Brennmaterial anzuhelfen.“ werden die Staatsbahnen ersucht, die Frachten zu ermäßigen! Es ist wohl mehr als zufällig, daß kurz vorher in dem bekannten Antrage des Grafen Hentel von Donnermark beim Reichstanzler ebenfalls um billigeren Ausnahmesteuern für lange Strecken für die Erzeugnisse der Montanindustrie petitioniert wird, um weiteren Schichten der Bevölkerung zu billigen Kohlen zu verhelfen. Wird denn aber der arme Mann wirklich sich leichter eine warme Stube machen können, wenn diesem als so wohlthätig geschilderten Verlangen entsprochen wird? Nehmen wir an, die Staatsbahnen ermäßigen die Frachten für die Kohlen, so hat das einen Anstoß in den Staatseinkünften zur Folge, der dann durch Erhöhung von Steuern gedeckt werden muß, die in letzter Linie immer wieder „der arme Mann“ zu zahlen hat, und an neuen Steuerprojekten fehlt es ja nicht. Aber in dem Geschäftsbericht haben wir noch folgenden Satz gefunden: „Ein möglichst reger Aneinandererschlag der Fabrikannten beim Betrieb der Produkte kann gar nicht warm genug empfohlen werden — er ist ein sicheres Mittel, der Verschleuderung der Waare vorzubeugen, und wird in allen höher entwickelten Industriebezirken angestrebt und vielfach zum Segen und Frommen Aller durchgeführt.“

Hier ist also nicht mehr vom „armen Manne“ die Rede, sondern vom „Segen und Frommen Aller“, d. h. aller Bergwerksbesitzer und Aktionäre, in Wahrheit also Weniger. Des Pudels Kern ist also auf der einen Seite billiger Staatsbahnfrachten, damit auf der anderen Seite Fabrikannten- und Produzentenringe desto ergiebiger die Preise steigern können. Wie wird dem „armen Mann“ dabei, der den Betrag, um den die Staatsbahnfrachte niedriger bemessen würden, ganz zweifellos als Steuerzahler wieder ersetzen müßte, ohne sich dadurch vor hohen Kohlenpreisen schützen zu können! Er wird nur auf die Bühne gebracht, um billigeren Frachten zu bekommen und dann desto besser selbst die Preise steigern zu können.

Zeigt sich hier nicht sonnenklar das Interesse für das Wohl des armen Mannes als ein großer Schwindel und Wampijr, und der Verfasser des so schön stilisierten Berichtes, Herr Generaldirektor Richter, als der Generalerschwindler! Bewahre Gott den „armen Mann“ vor dem „praktischen Christenthum“ dieser nationalökonomischen Wohlthäter, die den biblischen Satz: „Das thue ich für Euch Alle!“ wörtlich nehmen. Ich esse Rehrbraten, ich trinke Champagner, ich fahre auf Gummirädern — für Euch Alle!

Die segensreichen Folgen solcher Fabrikanntenkoalitionen haben sich im Rheinland in ihrer ganzen Schönheit gezeigt. Am 13. Januar theilte der Abgeordnete Pamberger im Reichstage folgendes erbauliche Stückchen mit:

„Ich habe hier nun eine Mittheilung über die neuesten Submissionen von Stahlhütten im Auslande und im Inlande; und hier steht zu lesen, daß Herr Krupp der Rindesforde war für 11,500 Tonnen Stahlhütten bei der spanischen Nordbahn für 164 Franken per Tonne franko Santander. 164 Franken sind 132 Mark 85 Pfennige, ab Fracht von Essen nach Santander 21 M. 60 Pf., ergibt als Reizepreis der Hütte 111 M. 25 Pf. loco Werk.“

Die lauten nun die neuesten Submissionen in Deutschland, die doch jetzt wesentlich bei den Staatsbahnen, resp. bei der Regierung eingehen? Am 11. Dezember wurde in Straßburg eine Submission gemacht, und da waren folgende Submissionspreise: Bochumer Verein 164 Mark,

(hört! hört!)

rheinische Stahlwerke 165,00 M., Verein Hörde 164,00 M., Alles loco Werk, nicht einmal nach Straßburg; am 17. Dezember in Köln Krupp 160, Höchst 162, Hörde 164,00 M. Also während Herr Krupp der spanischen Nordbahn für 111,25 M. liefert, fordert er 160 M. von einer deutschen Eisenbahn, Herr Höchst 162 und das Werk Hörde 164,00 M.“

Das sind beinahe fünfzig Prozent, welche sich die Herren in Deutschland mehr bezahlen lassen. Und damit ihnen die Ausländer nicht in die Quere kommen, fordern sie als „gute Patrioten“, daß bei staatlichen Submissionen nur die deutsche Industrie berücksichtigt werde. Auf der einen Seite holde Eintracht in der Beratung des Publikums, bezw. des Staates, auf der andern inniges Bündniß im Herabdrücken der Löhne — Alles im Interesse des „Schutzes der nationalen Arbeit“. So wird geschwindelt!

Ann. d. Red.

Briefe aus Oesterreich.

Sochen erhalte ich den „Sozialdemokrat“ und lese da, daß unsere Gegner nur Produkte der Verhältnisse seien.

Wir schließen uns diesem Aussprüche an — wir Oesterreicher sind ja an das „objektive Verfaßren“ gewöhnt — denn wir haben unzählige Male behauptet, daß Diebe, Räuber und Mörder nichts sind, als — Produkte der Verhältnisse.

Wenn in den „höheren Regionen“ gestohlen und gemordet wird, wollen wir die Volkzähler dieser Thaten deshalb auch gar nicht verdammen, aber eines wollen und können wir: vollständig objektiv konstatieren, wie gestohlen und gemordet wird. Wenn die Genossen darüber subjektive Aeußerungen bekommen, so ist es nicht unsere Schuld, sondern die der betreffenden — „Subjekte“!

Einige Proben werden genügen.

Für die Opfer des Ringtheaterbrandes, die Opfer bürokratischer Impotenz und Korruption, sind mehr als eine Million Gulden gesammelt worden. Trotzdem ist die Roth unter den brotlos gewordenen kleineren Theatermitgliedern und den Wittwen und Waisen der Verbrannten eine herzzerreißende, da ihnen fast gar keine Unterstützung zu Theil wird. Man entschuldigt sich damit, die Gelder seien deponirt worden, da man noch nicht übersehen könne, welche Anforderungen „Später“ noch an den Unterstützungsfond gestellt würden — das heißt mit anderen Worten: das gesammelte Geld ist nicht mehr da, es ist verschunden.

Vergleichen verschwundene Gelder von wohlthätigen Sammlungen sind in Oesterreich nichts Neues. Ich erinnere an Epagedin, für das auch über eine Million Gulden für „unvorhergesehene Zwischenfälle“ „deponirt“ wurden, von denen man nie mehr etwas gehört hat.

Ja, ja, Diebe sind Produkte der Verhältnisse.

Ein weiteres Proben: Die Wiener Länderbank hat in Oesterreich eine Schwindlerkarriere inaugurirt, die sich mit der im Jahre 1873 endigenden wohl messen kann. Unterföhrt wurde sie durch das Kabinett Taaffe, dieses aber wird einzig und allein durch die Kunst des „Feindes jeder factischen Opposition“ gehalten. Dieser zariföhrende Mann, dessen Kern von bereits durch eine so zahme „Opposition“ wie die des Abgeordneten Teuschl irritirt wurden, ist es, der auf Kosten der leichtgläubigen „kleinen Leute“ den Vornehmtheil von den Profitten der Länderbank davongetragen hat. Namentlich die Verstaatlichung der Westbahn und verschiedene Manipulationen mit den kaiserlichen Kohlengruben in Nordböhmen und Ungarn, „Staatssozialismus“ sind dem „armen Manne“ sehr wohl bekommen. „Na, Franzl, du bist net so dumm, als D' ausschanst“, ist eine beliebte Wiener Höflichkeitserformel.

Derselbe gute Hausvater, der so gut seine Siebenfachen zusammenhalten versteht, hat sich demüthigt befunden, vom Berliner Kongress ein Mandat zur Passirung Bosniens und der Herzogewina zu erscheiden. Und wie passirt er? Er hebt Steuern aus, ärger als es die Türken gethan, er bedrängt die großen Grundbesitzer, die Begs, in schamlofer Weise, wirft den zu Passirierenden eine korrupte Bureaucratie auf den Hals, welche das arme Land volkends anfangt und beschlief schließlich die allgemeine Wehrpflicht — Alles, um die beiden Länder zu „beruhigen“.

Und wenn diese jetzt, anstatt sich zu beruhigen, beamruhigen — je nun, was thut's? Da hat man doch wieder einen frischen, fröhlichen Krieg. „Gott“ gab „Ihro“ das Recht, 800,000 Mann für uns todtschlagen zu lassen, es wäre Sünde, von diesem Recht nicht Gebrauch zu machen. Und zwar in der brutalsten Weise. Um die Ordre de bataille nicht zu föhren, schießt man nicht die Regimenter des Friedenshandes hinunter, sondern heruit, wie im Annexionskrieg, die Reserpiristen ein, unbekümmert darum, daß diese meist Familienväter sind und deren Angehörige für die Dauer des Felzugs die bitterste Roth leiden müssen. Aber freilich, die Kasernenkinder sind zuverlässiger und daher im eigenen Lande unentbehrlich!

Allerdings ruft die Einziehung der Reservisten die Erbitterung des Volkes wach, aber was geht das unsern Franzl an?

Ja, Franzl, du hast Recht, laß sie nur hinschlachten, um einige Quadratmeilen Landes mehr Dein Eigen zu nennen, Du riskirst nichts dabei, so lange die ganze „öffentliche Meinung“, von der reaktionären bis zur ultraliberalen Presse, Dir das Blut der Kinder des Volkes auf den Händen entgegenbringt, so lange alle Parteien des Parlamentes sich in Royalität überdienen und „energische Maßregeln“ zur Wahrung der „Autorität“ verlangen.

Nur zu, wie unverschämte Jör's auch irreden möge, wie betrügerisch auch Eure „Volkswirtschaft“ sein mag, wie diebisch Eure „Wohlthätigkeit“,

wie trivial Eure Kriege zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“, Ihr seid sicher, welche immer der parlamentarischen Parteien an's Ruder kommen mag.

Aber gebt Acht, daß Ihr über den Parlamentäritiquen nicht das Volk verfehlt, das im Parlament nicht vertreten ist. Wägen die Liberalen und Kerikalen, die Deutschen, Ungarn, Polen, Tschechen Euch zuzubeln, das Volk, ohne Unterschied der Nation, haßt Euch — es murret, daß man den Arbeiter von Weib und Kind reißt, damit er als unfreiwilliger Heuterkracht da unten in der Herzogewina verblutet, indeß die Seinen daheim verhungern, als Heuterkracht eines armen Volkes, das nicht für die Gannerkunst der Diplomatie sein Fell zu Markte trägt, welches bloß seine Freiheit vertheidigt; es murret, daß die Schuldigen des Ringtheaterbrandes mit ehrenden Auszeichnungen und hohen Pensionen abgedankt werden, indeß den Schuldlosen Hinterbliebenen der Opfer die gesammelten Profanen ungestraft gestohlen werden, — es murret, daß die schwindelhaften Börsenspekulationen der Regierenden jetzt einen Krach herbeiföhren, der Hunderttausende auf's Straßenpflaster wirft; es murret aber es erbebt sich nicht.

Aber wenn der Krieg, wie voraussichtlich, größere Dimensionen annimmt, und wenn, wie in diesem Falle sicher, die Unfähigkeit der Generale die Soldaten hinschlachtet, die Betrügerei der Beamten die Soldaten verhungern läßt — wenn ein zweites Königräth über Oesterreich herinbricht — dann sind die letzten Dämme gefallen, welche die Verweigerung des Volkes noch zurückhielten.

Dann beginnt das subjektive Verfahren. B. J.

Sozialpolitische Rundschau.

Wien, 25. Januar 1882.

— Ein Justizmord der gemeinsten Sorte war die Verurtheilung Bänger's durch das Reichsgericht. Wir haben uns mit diesem schmachvollen Verbrechen, das servile Richter verübte, seinerzeit schon ausführlich beschäftigt und es gebührend charakterisirt. Seitdem sind aber Thatfachen an den Tag gekommen, welche die Handlungsweise des Reichsgerichtes in einem noch weit schlimmeren Lichte erscheinen lassen. Nicht bloß niedrige Servilität und bestialische Grausamkeit haben die obersten Richter des Deutschen Reiches befallen, indem sie einen ehrlichen Mann wegen eines politischen — das heißt nach der unter zivilisirten Menschen allgemein herrschenden Anschauung nicht mit dem Stigma der Ehrlosigkeit behafteten — sogenannten „Verbrechens“ zur Strafe des Erschließens, das heißt zu Zuchthaus, verurtheilten — und zu drei Jahren Zuchthaus! — nein, sie haben sich auch als schlechte, stumperhafte Juristen gekennzeichnet. Denn sie haben — das unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr — einen Unschuldigen verurtheilt. Schon während der Prozeßverhandlungen traten verschiedene Umstände hervor, welche in jedem aufmerksamen Zuhörer den Gedanken an die Schuld Bänger's erschüttern mußten. Bänger's Aussage, daß ein Anderer das als corpus delicti fungirende Plakat angeklebt habe, wurde durch unbedingtes Zeugniß bis zu einem gewissen Punkt bestätigt. Das Zeugniß, auf Grund dessen die Verurtheilung erfolgte, war durchaus nicht derart, daß es unbedingt glaubhaft erscheinen konnte. Bänger machte Angaben und Andeutungen, die entschieden zu weiteren Nachforschungen hätten veranlassen müssen. Schon die bloße Thatfache, welche zugunsten Bänger's gestellt war, daß Bänger ein prinzipienfester Sozialdemokrat und Gegner der Phrasenrevolutionäre war, von denen das Plakat notorisch herröhrt, mußte die ernstesten Zweifel an der Schuld Bänger's erwecken!

Die Herren Richter ließen sich aber durch nichts beirren. Sie hatten den Willen, zu verurtheilen, sie hatten den Willen, zu verurtheilen, und sie verurtheilten! Ob der Angeklagte das ihm zur Last gelegte „Verbrechen“ verübt oder nicht — das kam erst in zweiter Linie in Betracht. Er war Sozialdemokrat, und das genügte. Der Sozialdemokrat mußte verurtheilt werden!

Jetzt ist nun erwiesen, daß der verurtheilte Sozialdemokrat wirklich keines anderen Verbrechens sich schuldig gemacht hat, als Sozialdemokrat zu sein. **Der Ankleber des Plakates ist gefunden.** Es ist der, Namens der Leser belauene Schneider Szymonath, einer der Berliner Ausgewiesenen, notorisch ein Kadhänger Ros's.

Szymonath, der vor Bänger's Verurtheilung sich nicht zu dem Entschluß aufraffen konnte, durch eine Selbstdemuziation den Unschuldigen zu retten, hat, durch die maßlose Verurtheilung Bänger's erschüttert, ein volles Gehändniß abgelegt, welches von 2 Frankfurter Rechtsanwältinnen notariell aufgenommen und dem Verteidiger Bänger's, Rechtsanwalt Mecke in Leipzig mitgetheilt worden ist und sich gegenwärtig jedenfalls bereits in den Händen des Reichsgerichtes befindet.

Zum Glück werden die Angaben Szymonath's, der sofort ins Ausland abgereist ist, durch anderweitige Zeugnisse, welche zur Verfügung stehen, bestätigt, so daß die Möglichkeit, seine Angaben zu Erfindungen zu stampeln, einfach ausgeschlossen ist.

Das Reichsgericht wird seine eigene Schmach und die Schuldlosigkeit des von ihm unschuldig verurtheilten Bänger's zu proklamieren haben!

Und sollte durch irgend welche Kniffe und Pfliffe die Wiederaufnahme des Prozeßes hintertrieben werden, je nun, so gibt es ein höheres Gericht als das Reichsgericht: das Tribunal der — öffentlichen Meinung wollen wir nicht sagen — aber des Volksgerechten, des öffentlichen Rechtsgewisses, und von diesem Tribunal wird das Reichsgericht unbarbarisch verurtheilt werden.

Jedenfalls ist es nach dieser kolossalen Blamage mit dem juristischen Nimbus des Reichsgerichtes ebenso gründlich vorbei wie mit seinem moralischen. Riederträchtige Richter und schlechte Juristen — das ist die Justiz, die sich die Richter des Reichsgerichtes durch ihre „zwei ersten Hochverrathsprozesse“ verdient haben.

— Aus dem Reichstage. Aus der Tagespresse haben wir in Nr. 3 des „Sozialdemokrat“ einen Bericht bezüglich des Kaiser'schen Streichungsantrages übernommen. Derselbe bezog sich nicht auf die Reparaturkosten des Kriegsschiffes Treca, sondern auf die von Herrn Stephan eigenmächtig zur Anlage eines Kaltwasserschlusses in seinem Dienstsitz auf den Postmitteln entnommene orrige Summe von 1825 Mark. Es freut uns, daß Kaiser gegen diesen Unfug scharf vom Leder zog. Er sagte u. A.:

— — — Da außerdem für mich und meine Parteigenossen eine solche Bewilligung als Vertrauensvotum gilt, und der Herr Generalpostdirektor, um das nur heiläufig zu erwähnen, für die Art, wie er das Briefgeheimniß wahrt, schon allein sich unser Vertrauen verschert hat, so sind wir um so mehr dagegen, ihm 4800 Mark aus Reichsmitteln zu schenken. Ich mache aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unser Bewilligungsrecht in trostlicher Weise verletzt worden ist; ich mache andererseits darauf aufmerksam, daß unsere obersten Reichsbeamten schon sehr hohe Gehälter bekommen, viel Geld erhalten für Wägen und zu deren Instandhaltung, so daß solche Extrabewilligungen durch nichts zu rechtfertigen sind. Wenn wir weiter in Betracht ziehen, was die armen Landbriefträger u. s. w. bekommen, wie da an einzelnen Mark gespart wird, so können wir es nicht für gewisshaft halten, dem Herrn Generalpostdirektor, bei seiner sonstigen guten Bezahlung, noch 4800 Mark zu schenken, damit er bei seinem sonst schonen Warten noch ein Kaltwasserschlösschen habe.“

Bei der Debatte über den Antrag Windthorst auf Aufhebung der Sperre für künftige Liebesbriefe den Antrag unserer Genossen auf Aufhebung sämtlicher Ausnahmegeetze an. An der Debatte selbst wollte er nicht theilnehmen. „Diejenigen, welche den Kulturkampf in

Szene geschicht haben, die Schuldigen und Mitschuldigen, mögen die Last der Blamage und das Risiko unter sich verteilen", sagte er kurz und bündig.

Am 18. und 19. Januar kam der berühmte Antrag der drei Abteilungen des Liberalismus — fortschrittlich-liberal-nationalistisch — auf Erweiterung des Haftpflichtgesetzes zur Verhandlung. Die Herren führten lebhaft das Bedürfnis, den Arbeitern zu zeigen, daß sie noch viel arbeiterfreundlicher seien als der arbeiterfreundliche Reichstag, und haben denn auch in ihrem Entwurfe verschiedene Mängel des bisherigen Haftpflichtgesetzes, besonders den verächtlichen Schuldnachweisparagrafen, beseitigt. Sehr liberal war dagegen die Fürsorge für die Aktiengesellschaften, denen um jeden Preis die gute Gelegenheit gegeben werden soll, an der Unfallversicherung ihren Profit zu machen. Das Schmerzenskind, über welches nicht einmal seine Väter einst waren, erfährt denn auch eine herbe Kritik, insbesondere von unserem Genossen Max Kaiser. Schließlich wurde das Ding einer Kommission übergeben, um darin begraben zu werden.

Es wird da in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung im Reichstage ein ganz skandalöses Handballspiel getrieben. Regierung, Konservative und Liberale überbieten sich förmlich in arbeiterfreundlichen Vorschlägen, jeder Theil hat aber an den Vorschlägen der Anderen gewisse Punkte auszulassen, auf die er „prinzipiell“ nicht eingehen kann, und seine Spezialliebhabereien, auf die er ebenso „prinzipiell“ nicht verzichten will. So werben sie sich abwechselnd den Handball der Gesetzgebung zu, ohne daß irgend eine Verbesserung für die Arbeiter zu Stande kommt, dagegen können sie Alle nacheinander vor dem Volke auf ihren guten Willen sich berufen, etwas zu schaffen, woran sie immer durch ihre Gegner verhindert worden seien. Aber „Arbeiterfreunde“ sind sie Alle miteinander!

Kaiser hat in seiner Rede auf dieses Hin- und Hergerren angespielt, was wir gerne anerkennen, insofern hätte er das schon ein gutes Stück weniger referiert thun können. Er sagte:

„Wir als Arbeiterpartei können uns freuen, wenn wir diese Rivalität um den armen Mann sehen, wenn wir sehen, wie von rechts und von links am armen Manne gezerrt wird, um ihn zu sich herüberzuziehen. Aber das muß ich sagen, daß bis heute für den armen Mann nicht viel Nutzen herausgekommen ist.“ — „Es kommt uns mitunter so vor — wir haben wenigstens die Empfindung —, als seien die Arbeiter nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, und deshalb haben wir schon wiederholt gesagt, daß auf parlamentarischem Wege nicht viel herauszubringen ist, sondern — wie das mein Parteifreund Kittinghausen schon seit Jahrzehnten hervorragend vertritt — daß es für den Arbeiter einer direkten Volksgesetzgebung bedarf, soll wirklich seinen Interessen entsprochen werden.“

Schön! Aber Kaiser wird sich wohl auch darüber keinem Zweifel hingeben, daß für die direkte Volksgesetzgebung auf parlamentarischem Wege in Deutschland gleichfalls nicht viel herauszubringen ist.

Die vierzig Millionen Mark für die Verlegung (nicht etwa Abschaffung) des Reichsgefängnisses sind nun vom Reichstage großmüthig bewilligt worden — aus dem Säckel des Volkes. Die Stadt Hamburg wird etwa das Doppelte zu bezahlen haben, rechnet man dazu die Kosten des Zollanstufes von Bremen, so kommt das nette Stückchen von 200 Millionen Mark heraus — für eine Bismarck'sche Karotte. Sie sind doch verdammt theuer, diese „großen“ Staatsmänner.

Große Freude herrscht in den Hallen der Bismärker. Die preussischen Finanzen sehen wieder einmal „großartig“ da, und die verstaatlichten Bahnen haben erhebliche Mehreinnahmen geliefert. Bei dem schönen Profit, den auch die Börse bei der Verstaatlichung gemacht hat, sollte eigentlich ob dieses doppelten Segens jetzt Jedermann entzückt sein und in Jubelstürmen ausbrechen, aber es gibt leider — leider! — Leute, die an Allem zu mäßen haben, und diesmal behaupten diese unaussprechlichen Börgler, daß diese „schönen“ Mehreinnahmen erstens durch erhöhte Löhne — Vertehenerung des Verkehrs — und zweitens durch die bodenlose Ausspannung der unteren „Beamten“ bei wahrhaften Hungerlöhnen erzielt worden seien. Diese Beamten haben nämlich Petitionen über Petitionen um Aufbesserung ihrer Gehälter eingebracht, insofern ist, wie die offiziellen Zeitungen berichten, leider diesmal noch keine Aussicht vorhanden, daß dem Gesuche werde Folge geleistet werden können.

Werkwürdig! Für den neuen Posthalterposten bei dem päpstlichen Stuhle werden 40,000 Mark gefordert, während in früheren Jahren der Spah nur 45,000 Mark kostete, denn die Preise sind in Rom erheblich theurer geworden. Wenn's für die hohen Herren gilt, dann hat man immer das nöthige Kleingeld bei der Hand, das niedere Volk aber mag sich einsparen, wenn die Lebensmittel im Preise steigen! Das ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu, und wird nicht anders werden, im Staate der Polizei!

Die Disziplinar-Untersuchungskommission gegen den Statthalter Geheimrath Engel, der das heutzutage unerhörte Verbrechen begangen hat, die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Untersuchungen nicht zu sülzen, hat wenigstens das Resultat gehabt, daß dieser berühmte Gelehrte seinen Abschied genommen hat. Auf diese Art haben ihn die „Kathedersozialisten“ Schell, Wagner und Konsorten glücklich heranzugeworfen und Bismarck wird in Zukunft einen Kerger weniger haben!

Das Reichsgericht noch überboten! In dem Prozesse gegen unsern Genossen Dabers in Hannover (vergl. Nr. 3 des „Sozialdem.“) hatte der Weber Friedrich Hartmann als Entlastungszeuge fungirt. Das mußte geacht werden, und auf die Aussage des „nicht auffindenden“ Zeugen Geuthe hin — wir wiederholen unsere Warnung vor diesem Schurken! — fand am 19. ds. Hartmann vor dem Schwurgericht in Hannover, angeklagt der Verbreitung verbotener Schriften und zweifachen Meineides. Der einzige Belastungszeuge war der Untersuchungsrichter, der sich der Aussage des z. Geuthe angeblich „noch ganz genau erinnerte“. Und auf Grund eines so hin-fälligen Zeugnisses hin wurde, trotz, wie der liberale „Hannoversche Courier“ schreibt, scharfsichtiger Vertbeidigung seines Anwaltes Hartmann zu 6, sage sechs Jahren Zuchthaus, sechs Jahren Ehrverlust und dauernden Verlust der Fähigkeit, als Zeuge eidlich vernommen zu werden, verurtheilt.

Der Staatsanwalt heißt Krobisch, der Vorsitzende des Gerichtshofes Niemeyer.

Der solchen „Urtheilen“ gegenüber noch objektiv zu urtheilen im Stande ist, der mag es thun, wir können es nicht. Wir haben angehts solcher Schändlichkeiten nur ein Gefühl, das des Hasses, und unsere Gedanken drängen sich immer wieder in den einen Ruf zusammen:

Rieder mit der Schandwirthschaft!

„Zum Vorfall“ in Konstantz, über welchen wir in voriger Nummer berichteten, schreibt uns ein Genosse:

„Der Sergeant, welcher den „Deferteur“ Rieger aus Ulm erschoss, hat sich, wie ich erfuhr, am Abend nach der That im „Falken“ in Konstantz einen kannibalschen Rausch gelassen. Die Mutter des Ermordeten, ein armes Weib, deren einziger Sohn Rieger war, reiste zum Verleumdungsbeweis her, fand den Sohn aber schon verhaftet. Als sie beim Oberst den Mörder ihres Sohnes zu sehen verlangte, sagte dieser sie fort. Auf der Stelle, wo der Unglückliche erschossen worden war, brach sie ohnmächtig zusammen.“

„Ein paar Schneider in Konstantz, welche sich über die Brutalität mißfälligkeit zu äußern wagten, hat man sofort eingekerkert.“

„Daß die Ordnungspresse den Mord beschönigen würde, war zu erwarten, traurig, überaus traurig aber ist es, daß die Dressur der Soldaten bereits so weit vorgeschritten ist, daß sich unter ihnen keine tabuläre Stimme vernehmen läßt, sie vielmehr die Erschießung billigen und ihre Witz darüber reizen: „es hat halt Einen wegputzt“ und dergleichen mehr!“

„Es hat halt Einen wegputzt!“ Habt Ihr denn gar keine Idee davon, daß das Schicksal dieses „Einen“ jedem von Euch droht! Daß, wenn Ihr es nur wagt, Euch als Menschen fühlen zu wollen, Ihr demselben Schicksal verfallt, wie der Erschossene! Wißt Ihr denn nicht, daß gegen jeden militärischen Arrestanten, gleichviel ob Festungsgefangener oder nicht, dasselbe Regiment gilt? Führt Ihr denn nicht das Unwürdige dieses Regiments, das aus Euch, den Söhnen des Volkes, eine willenslose Maschine, aus Euren Vorgesetzten einen Gott macht, der mit Euch beginnen kann, was ihm beliebt?

„Soldaten, Brüder, wacht auf! Werft sie von Euch, die Hände, mit welchen man Euch die klaren Augen verdunkelt hat, damit Ihr nur sehet, was Eure Vorgesetzten wollen, und wie sie es wollen, daß Ihr es sehet. So begreift doch endlich, daß die Reglements, nach welchen man Euch schuldigregelt, nur den Zweck haben, in erster Reihe Euch, und durch Euch, mit Eurer Hilfe, Eure Brüder, das arbeitende Volk, zum Vortheil einer Hand voll Nichtsthuers zu machen. Habt Ihr wirklich Freude daran, in Eurem Bruder im Zivilrock und Arbeitskleid Euren Feind, in Eurem Bruder im Waffenrock, der sich seinen Feindern zu entziehen sucht, einen „Verbrecher“, in Euren Feindern aber einen Gott zu sehen? Es ist nicht möglich, es kann nicht, es darf nicht sein! Soldaten, wacht auf!“

„Uns aber ist dieser „Vorfall“ eine ernente Wahnung, die Agitation unter den Soldaten und vor Allem unter der militärischpflichtigen Jugend mit größerem Eifer als bisher zu betreiben.“

„Unser jamaiker Ex-Bürgermeister, der „redliche“ Kulturkämpfer Stromeyer, freut sich in ungeschwämmerter Freiheit seines „Rechtes“ und seines weislich aus dem Stadtsäckel „Profitirten“. Die prä-rechtliche Unternehmung gegen ihn dauert nun schon ein Jahr, aber der geriebene Ehrenmann kopft (wie die „Konstanzer Ztg.“ behauptet) die Richter in jeder Weise und verzögert die Unternehmung durch alle möglichen Einwände und Beschwerden. Und die Richter lassen sich auch foppen, denn es ist ja kein kleiner Spießbube, um den es sich handelt. Ja, „Ehrlich währt am längsten“ und „Du sollst nicht tödten“, das sind die kostbarsten Wappensprüche für unsere Hiltler der „Ordnung“.“

„Aus Dresden, 30. Januar, schreibt man uns: Infolge unserer Korrespondenz in Nr. 1 des „Sozialdemokrat“ erklärte der Dresdener Polizeikommissar Paul mehreren Genossen gegenüber, daß er bei der Verhaftung des Sozialisten Träger nicht gefragt, ob derselbe Kaufmann habe, sondern, „ob er etwas bei sich habe.“ In Anbetracht des sächsischen Dialektes, welcher den fraglichen Worten einen sehr ähnelnden Klang gibt, und in Berücksichtigung des Umstandes, daß andere Genossen noch nicht nach jenen kleinen Thierchen gefragt wurden, mag es mit der Aussage des Polizeikommissars diesmal seine Richtigkeit haben. — Ferner hat der Untersuchungsrichter Fiechsig, allerdings nicht Leuten gegenüber, die ihn als Parteigenossen bekannnt waren, sondern im „intimen“ Kreise von Richtern und Staatsanwälten geäußert, die auf Assessor Dr. Fiechsig bezügliche Mittheilung des „Sozialdemokrat“, Untersuchungen betreffend, könne sich nicht auf ihn beziehen, da er weder Assessor noch Doktor sei. Wir bestätigen ihm zunächst, daß er es noch nicht bis zum Doktor gebracht hat, und daß er auf den Titel „Landgerichtsrath“ hört. Was die Mittheilungen über jenen Dr. Fiechsig betrifft, so ist der Berichtsrath Fiechsig auf Grund verschiedener Anzeichen und in Berücksichtigung des Umstandes, daß er ein leichsinziger Schuldenmacher ist und noch mehr Wären angehängt als Untersuchungsgefangene „gefesselt“ allerdings dringend verdächtig, mit jenem Pseudo-Doktor identisch zu sein, doch setzen wir ein endgültiges Urtheil bis zur Vollziehung einer weiteren Beweisaufnahme vorläufig noch aus. Daß wir gut unterrichtet sind, mag dem Herrn Berichtsrath Fiechsig zunächst der Umstand zeigen, daß wir seine, wie gesagt, im engsten Kreise ausgesprochene „Verächtigung“ pünktlich zur Aufnahme gebracht haben.“

„Unser Genosse Schlüter in Dresden hat nun das Königreich Sachsen laut polizeilicher Verordnung verlassen müssen, weil er ein Amerikaner, also Ausländer und als solcher anweisbar sei. Die sächsische Regierung hat damit eine flagrante Verletzung der mit Amerika bestehenden völlerrechtlichen Verträge begangen. Es besteht zwischen Deutschland und Amerika das ausdrückliche Uebereinkommen, daß die Amerikaner in Deutschland dasselbe Recht genießen sollen, wie die Deutschen in Amerika. Da nun noch niemals in Amerika ein Deutscher ausgewiesen wurde, so liegt in der Ausweisung eines Amerikaners aus Deutschland ein Vertragsbruch. Nun, die sächsische Regierung hat sich gegen Sozialisten schon Schimmeres zu Schulden kommen lassen, in diesem Falle aber hätte sie gerade allen Grund gehabt, den Vertrag mit Amerika strikte zu halten, ansonst auf Grund dieser Vertragsverletzung auch ihren Polizeiministern der Aufenthalt in Amerika verweigert werden könnte, wenn sie hinüber kommen, um ihrer in der Heimath sie erwartenden gerechten Strafe zu entfliehen.“

„Aus Frankfurt a. M. kommt die betriübende Nachricht, daß Genosse Döll, bei den letzten Reichstagswahlen Kandidat unserer Partei, am 22. Januar von einem Blutsturz befallen worden ist und in ein Krankenhaus hat übergeführt werden müssen. Wir wünschen dem unerermüdlichen Kämpfer für die Befreiung des Proletariats von Herzen baldige Genesung.“

„An den verschiedenen Börsen Europa's, insbesondere aber in Paris, Lyon und Wien hat es in diesen Tagen ganz bedeutend „gekracht“. Aber es ist zum großen Krach noch zu früh, und daher werden die Risse in unserem unstoßlichen Wirtschaftsgebäude, die sich bei dieser Gelegenheit auf's Neue offenbart haben, noch einmal verkleistert werden. Verschiedene kleine und mittlere Spekulanten haben den Hals gebrochen, die bürgerliche Gesellschaft aber kann sich mit den Worten Nephts's beruhigen: „Für diesmal war es nur ein bißchen Gezeuchel!“

„Oesterreich. In Weidling bei Wien haben die Arbeiter der M. Vh. Wagner'schen Eisen- und Emaillefabrik die Arbeit eingestellt. Wir warnen vor Zuzug!“

„Aus Prag wird uns geschrieben: „Die zahlreichen Verhaftungen und der bevorstehende Konfiskationsprozeß haben große Erbitterung in der hiesigen Arbeiterbevölkerung erzeugt. Mannheimer Salzer, der einzige „Führer“, der nicht verhaftet wurde, ist gerade deswegen plötzlch unpopulär geworden, und gilt bei sehr Vielen als ein „Agent“. Am Sonntag den 15. Januar fand eine Volksversammlung statt, in welcher er eine vollständige Niederlage erlitt und alle seine Anträge abgelehnt wurden. Insbesondere sein Antrag, sich mit einer Resolution an die Regierung zu wenden, wurde mit demonstrativem Hohn verworfen, da man von der Regierung gar nichts zu erwarten habe.“

Der Prozeß selbst hat am 23. Januar begonnen. Angeklagt sind 31 Personen, als Hauptangeklagter figurirt Genosse L. Jabotok, Redakteur der „Boudoucnost“ (Zukunft). Der Prozeß wird geheim geführt, wir können uns daher auf ein Musterspiel von Gerechtigkeitstapferkeit beschränken.

„Unter slawischen Genossen haben einen wackeren Vorkämpfer verloren. Am vergangenen Sonntag wurde in Gent der langjährige Verleger des slawischen Parteiorgans, Jakob Wasse,

unter großartiger Betheiligung des Volkes beerdigt. Die „Schwarzen“, wie auch die liberalen Fabrikanten hatten ihren ganzen Einfluß angewandt, resp. das Hungerloch geschwungen, um die Betheiligung zu hintertreiben; trotz Allem gaben aber über 3000 Arbeiter ihrem treuen Vorkämpfer das Geleit und viele Tausende bildeten Spalier, um dem verehrten Todten die letzte Huldigung zu bringen. Die Beerdigung fand ohne Mißhille der Pfaffen statt — etwas Unerhörtes in dem katholischen Gent! — In Folge der Agitation, welche die Schwarzröde gegen den Angriff auf eines ihrer Bollwerke in Szene setzten, wurde noch am Tage der Beerdigung in einer großartigen Versammlung der Beschluß gefaßt, einen Verein für bürgerliche Beerdigung zu gründen, um den Einfluß der Pfaffen auch von dieser Seite zu bekämpfen und so dem Andenken Wasse's ein würdiges Denkmal zu stiften.“

„Aus Frankreich. Bei den Generalkathoswahlen in St. Etienne hat die sozialistische Arbeiterpartei einen Erfolg davongetragen. Ihr Kandidat Taravelier segte mit 1198 Stimmen gegen den Radikalen Boubarel, der 1091 Stimmen erhielt.“

In Paris schließen sich fast alle Wochen neue Fachvereine der Arbeiterpartei an. Neuerdings ist der Anschluß der Syndikatskommer der Stellmacher angeklagt.

Der Zimmererstreik dauert noch immer fort. Die Arbeiter halten tapfer aus, und ein Unternehmer nach dem andern muß den von ihnen entworfenen Tactis anerkennen.

Die Delegirten der streikenden Pianofortearbeiter, welche sich erstreckt hatten, im Namen ihrer Kollegen, mit den Unternehmern unterhandeln zu wollen und deshalb wegen Eingriffs in die „Freiheit der Arbeit“ in Haft genommen und angeklagt wurden, sind am 11. Januar wider alle Gewohnheit freigesprochen worden. Ihre Haltung vor Gericht, sowie der von ihnen angeführten Entlastungszeugen war eine vortreffliche.

„Aus Italien. Auf der Insel Elba streiken 800 Bergleute, weil man Sträflinge eingestellt und dagegen Arbeiter, die schon 40 Jahre dort arbeiten, entlassen hat. Die dummen Kerle wollen nicht einsehen, daß ein Arbeiter, der über 40 Jahre hindurch für die Fierden der Menschheit sich abgerackert hat, das Recht hat, zu — keipiren. Um sie über dieses unveräußerliche Menschenrecht aufzuklären, hat die italienische Regierung sofort mehrere Regimenter Infanterie hingeschickt.“

Es ist wahrhaft empörend, wenn man bedenkt, daß es die Söhne des Volkes sind, die da zur Unterjochung ihrer eigenen Klasse ins Feld geführt werden, und mehr als traurig, daß sie sich dazu führen lassen!

In dem allgemeinen Arbeiterkongreß, welcher anlässlich der sibilianischen Wespel am 31. März in Palermo stattfinden soll, erläßt die aus Arbeitern aller Gewerbe zusammengesetzte Kommission eine sehr würdig gehaltene Einladung, nach welcher sie mit dieser Feier der siegreichen Volkserhebung gegen den Despotismus die Vereintigung der Arbeiter aller Länder unter dem gemeinsamen Friedensprogramm: Freiheit, Arbeit, Moral und Gerechtigkeit, und mit dem nationalen Gedanken, welcher der Feier der Wespel zu Grunde liegt, den der Menschheit, die zum Völlerbunde strebt, verbündet.“

Die italienische Regierung wüthet wie befehen gegen Alles, was nach Sozialismus riecht. Die Arbeiterblätter werden mit einer bewundernswürdigen Regelmäßigkeit konfiszirt. Die Verwarnungen und das unter Polizeiaufsicht Stellen von politisch Mißliebigen nimmt so überhand, daß selbst ein Theil der Bourgeoisiepresse dagegen zu Felde zieht, die republikanische Bewegung nimmt immer größere Dimensionen an; an vielen Orten machen die Sozialisten mit den Republikanern gemeinsame Sache, ohne indeß ihre Selbständigkeit anzugeben.“

„Aus Rußland. Der Prozeß gegen die im Laufe des letzten Jahres verhafteten Revolutionäre ist auf's Neue verschoben worden, und zwar aus dem einfachen Grunde, damit sie erst nach der Krönungs-festmahl die verurtheilt werden. Der Feigling von Gatschina ist nämlich misshandelt, verschiedene der Angeklagten zum jeden Preis hängen zu lassen, hat aber nicht den Muth, das vor der Krönung anzuordnen. Er weiß sehr gut, daß die allgemeinen Sympathien auf Seiten der „Mißthäter“ sind, und zittert vor dem Gedanken, das Volk könnte trotz des Falles von Kosaken, der seinen Krönungszug schützen soll, Rache nehmen wollen.“

Die Namen der zur Aburtheilung bestimmten Revolutionäre, für die durchgängig die Todesstrafe beantragt wird, sind:

Alexander Michailow, 24 Jahre alt; Nikolai Kolutewitsch, 31 Jahre; Michael Trigunja, 30 Jahre; Alexander Baranikow, 28 Jahre; Nikolai Suchanow, 29 Jahre; Elisabeth Sloweinikowa, 23 Jahre, und Ludmilla Terentjew, 20 Jahre; der Bürger Ferdinand Kusig, 27 Jahre; der frühere Agent der Geheimpolizei Nikolai Kiedotschnikow, 34 Jahre; der Sohn eines Feldsheers, Michael Frolenkow, 33 Jahre; der Sohn eines Populons, Grigory Issajew, 24 Jahre; der Sohn eines Kirchensängers, Ossip Emeljanow, 20 Jahre; der Sohn eines Priesters, Peter Titshinin, 26 Jahre; der Sohn eines Kaufmanns, Grigory Friedensohn, 26 Jahre; der Sohn eines Soldaten, Wassili Merkulow, 21 Jahre; Les Statopolsti, 33 Jahre; Jil Karonitsch, 22 Jahre; Maxim Fetjorka, 28 Jahre; Nikolai Morosow, 29 Jahre; der preussische Unterthan Martin Langhans, 21 Jahre; die Frau eines Beamten, Tatjana Lebedewa, 29 Jahre; die Tochter eines Priesters, Anna Salimowa, 26 Jahre.

Was die Presse über ihre Thätigkeit und ihre Personalien mittheilt, beruht zum Theil auf Entstellung und Uebertreibung. Wir werden nach dem Prozeß aus kompetent er Feder eine Würdigung dieser wackeren Volkskämpfer, von denen die meisten einen Anspruch auf unsere vollste Bewunderung haben, veröffentlichen.“

Der durch ihre ebenso kluge wie in prinzipieller Hinsicht bedeutende Vertheidigungsbrede*) berührt gewordener Propagandistin Sophie Gardina, ist es, wie wir in unserer Freude mittheilen können, vor etwa einem Jahre gelungen, aus Sibirien, wo sie Zwangsarbeit verrichten mußte, zu entkommen. Vivaant sequentes!

„Aus Amerika. Der Kongreß der sozialistischen Arbeiterpartei Nordamerika's war von 20 Delegirten besucht. Die Abrechnung des Finanzkomites basanirt mit etwas über 2000 Dollars (10,000 Fr.). Das Programm der Partei wurde einer Revision unterzogen und erhielt eine präzisere Fassung. Eine Sympathieadresse an die russischen Volkskämpfer, eine zweite betreffs der irischen Landbewegung und ein Glückwunschschreiben an die deutsche Sozialdemokratie aus Anlaß ihrer Wahlfolge wurden beschlossen. In weiteren Resolutionen wurde verlangt: Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeitsleistungen für Männer sowohl als Frauen, und Aufforderung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, sich mit dem schweizerischen Bundesrath behufs internationaler Fabrikgesetzgebung in Verbindung zu setzen. In Bezug auf die Taktik wurde beschlossen, daß die Partei mit keiner andern Partei, die nicht die Prinzipien der unferigen, wie sie in der Prinzipienklärung niedergelegt sind, gemeinsame Sache machen darf.“ Zum Sitz des Parteierntionskomites wurde New-

*) Im Prozeß der „Jüngling“ im Jahre 1877. Sie schloß ihre „Vertheidigung“ damals mit den demwürdigen Worten: „Was auch mein Schicksal sein mag, so bitte ich Sie, meine Herren Richter, um keine Gnade; ich verlange sie auch nicht. Verzeihet uns, wie Ihr wollt, ich bin indeß fest überzeugt, daß eine solche weitwärtige, bereits einige Jahre hintereinander anhaltende, augenscheinlich vom Zeitgeiste selbst ins Leben gerufene Bewegung durch keinerlei Unterdrückungsmaßregeln todt gemacht werden kann; wohl kann sie auf die Dauer einer gewissen Zeit unterdrückt werden, aber mit desto größerer Kraft schwingt sie sich dann von Neuem empor!“

